

Bosch und Stihl sichern die Beschäftigung ab

Betriebsrat verärgert: Griff in die Tasche der Kollegen ist eine Schande – Sägenhersteller weitet 40-Stunden-Woche aus

STUTTGART. Die IG Metall hat mit zwei großen Unternehmen in der Region Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung abgeschlossen. Bis 2007 sind die Arbeitsplätze garantiert. Bei Bosch in Leinfelden müssen die Beschäftigten für den Ausschluss von Entlassungen auf Teile ihres Einkommens verzichten. Bei Stihl wurde eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit vereinbart.

Von Matthias Schiermeyer und Michael Heller

Tief in der Nacht zum vergangenen Samstag hatten die Vertreter der Bosch-Geschäftsführung, des Gesamtbetriebsrats und der IG-Metall-Bezirksleitung den Schlusspunkt unter einen monatelangen Streit gesetzt. Sie unterzeichneten eine Vereinbarung, die den deutschen Fertigungsstandorten von Elektrowerkzeugen – Leinfelden, Murrhardt und Sebnitz (Sachsen) – die Existenz sichert. Der Vertrag sieht eine Reduzierung der Personalkosten in Höhe von sieben Millionen Euro vor, wie eine Sprecherin des Konzerns der StZ bestätigte.

Die Vereinbarung wird zum 27. Juli wirksam, sofern keine Seite Widerspruch einlegt. Gestern wurden noch Betriebsräte über die Einigung informiert. Es ist offenbar nicht ausgeschlossen, dass Arbeitnehmervertreter aus Protest gegen die verlangten Einbußen ihre Zustimmung verweigern.

Auch im Gesamtbetriebsrat selbst ist man wenig glücklich über das Sparpaket. Zwar werde „an keinem Tarifvertrag gekratzt“, wie es heißt. Und die von der Konzernführung verlangte Arbeitszeiterweiterung auf bis zu 40 Stunden sei vom Tisch. Doch bleibe das soziale Klima belastet. Bosch habe seinen Gewinn vor Steuern im vorigen Jahr um 400 Millionen Euro erhöht und mache auch in diesem Jahr weiter gute Gewinne. Unter diesen Vorzeichen sei der Griff in die Tasche der Kollegen „eine Schande“, heißt es beim Betriebsrat. Man könne die Vereinbarung nicht als Sieg werten, wenn den Beschäftigten so viel zugemutet werde.

Die Beschäftigten aller drei Standorte erhalten in den nächsten drei Jahren keine ertragsabhängige Sonderzahlung, die etwa 2,5 Prozent des Einkommens ausmacht. Anschließend in Leinfelden werden künftige Tarifanstiege von insgesamt vier Prozent mit übertariflichen Zulagen verrechnet: im Jahr 2005 zwei Prozent, in den beiden Folgejahren je ein Prozent. Bezahlte Erholzeiten werden reduziert, und die Arbeitszeit wird über eine stärkere Einbeziehung der Samstage weiter flexibilisiert. Zudem werden Überstunden auf Zeittickets verbucht, sodass der Konzern praktisch keine Mehrarbeitszuschläge mehr zahlen muss. Unterm Strich beziffert ein Betriebsratsvertreter die Einbußen für einzelne Mitarbeiter, insbesondere Akkordlöhner, auf bis zu acht Prozent des Lohns. Ein Jahreseinkommen liegt bei etwa 40 000 Euro.

Auf der Habenseite sehen die Arbeitnehmervertreter ein „schlüssiges Strukturkonzept“, von dem Standort Leinfelden über den Zeitraum von drei Jahren hinaus eine Perspektive gebe. Leinfelden erhält langfristig die Funktion als Leitwerk und Kompetenzzentrum für Entwicklung, Fertigung und Vertrieb. Das Unternehmen hat zugesagt, von einer höherwertigen Geräteklasse an die Produktanläufe auf den Filialen vorzunehmen. Auch sollen die Anläufe im Niedrigpreissegment von Leinfelden aus gesteuert werden.

Der Betriebsrat geht somit davon aus, dass die 1400 Arbeitsplätze auch nach 2007 gehalten werden können. Es werde allerdings eine Verschiebung zu höherer Qualifikation geben. Künftig würden mehr Facharbeiter und weniger An- und Ungelernte ge-

braucht. In Murrhardt sind etwa 600 Beschäftigte tätig, in Sebnitz knapp 200. Weltweit hat der Geschäftsbereich 13 000 Mitarbeiter.

Bosch sieht sich bei den Elektrowerkzeugen einem weltweiten Preisverfall ausgesetzt. Die Konkurrenz in Asien macht dem Konzern sehr zu schaffen. Ursprünglich sollte die Produktion des Zweihandwinkelschleifers nach China verlagert werden, davon hat Bosch Abstand genommen. „Mit diesem Abschluss werden Personalkosten gesenkt, die Arbeitszeitflexibilität wird verbessert und die Wettbewerbsfähigkeit in einem äußerst preisaggressiven Marktumfeld gesteigert“, lobt die Konzernspitze den Kompromiss.



Der Waiblinger Sägenhersteller Stihl will eine Fertigung in China aufbauen, sichert aber gleichzeitig die Beschäftigung in Deutschland. Auf Grund der Ausweitung des Auslandsengagements sind in der Stihl-Belegschaft im Inland Sorgen um die Zukunft der Arbeitsplätze aufgekommen. Aus diesem Grund haben Geschäftsführung und Betriebsrat jetzt einen neuen Vertrag zur Standort- und Beschäftigungssicherung abgeschlossen, obwohl der bisher gültige Vertrag erst Ende 2005 ausläuft.

Die Beschäftigungssicherung gilt für 3175 der etwas mehr als 3400 Mitarbeiter an den Standorten Waiblingen, Ludwigsburg, Wiechs am Randen (Kreis Konstanz) und Prüm (Eifel). Mit der IG Metall Baden-Württemberg wurde ein Ergänzungstarifvertrag abgeschlossen, der eine Ausweitung der 40-Stunde-Woche – gegen Bezahlung – möglich macht. Künftig können in den drei baden-württembergischen Werken 680 Mitarbeiter länger eingesetzt werden – 150 mehr als bisher. Stihl macht von einer Klausel im Tarifvertrag Gebrauch, die über Forschung und Entwicklung hinaus auch in der Produk-

tion die 40-Stunden-Woche ermöglicht. Hier so heißt es, gehe es um Projektarbeit zur Unterstützung von Innovationen. Der Arbeitszeitkorridor im Rahmen flexibler Arbeit wird beibehalten: Er reicht von minus 100 bis plus 200 Stunden. Zudem ist zuschlagsfreie Arbeit an Samstagen möglich – nach StZ-Informationen an maximal zehn Samstagen im Jahr. Außerdem wurde eine Regelung vereinbart, dass Zeiten mit Produktionsstörungen nicht mehr in vollem Umfang als Arbeitszeit gerechnet werden. Die Gewinnbeteiligung wird nach den bisherigen Regeln fortgeführt.

Das erhöhte Ausbildungsplatzangebot will Stihl beibehalten: mindestens 60 Lehrstellen je Ausbildungsjahr. Mit einer Ausbildungsquote von 6,3 Prozent liegt Stihl nach eigenen Angaben über dem Industriedurchschnitt. 75 Prozent der Auszubildenden soll nach Abschluss der Lehre ein Dauerarbeitsplatz angeboten werden.

Nach Mitteilung des Unternehmens wurde eine Grundsatzentscheidung getroffen, künftig auch in China zu produzieren. Stihl-Geschäftsführer Peter Düroff, zuständig für Personal und Finanzen, sagte der Stuttgarter Zeitung, Zeitpunkt und Umfang der Investition stünden noch nicht fest. Auch die Zylinderfertigung in Brasilien und die Kettenfertigung in der Schweiz sollen erweitert werden. Stihl hat bereits in den siebziger Jahren damit begonnen, einen internationalen Fertigungsverbund aufzubauen, der eine marktnahe und kostengünstige Produktion ebenso wie den Ausgleich von Währungsschwankungen ermöglicht. Der Auslandsanteil am Umsatz von 1,5 Milliarden Euro liegt bei 87 Prozent. Stihl-Vorstandssprecher Bertram Kandziora: „Nur durch eine Optimierung unserer internationalen Standortpolitik ist weltweites Wachstum und die Sicherung von Arbeitsplätzen – vor allem auch in Deutschland – möglich.“